

Die „Volkswacht für  
Schlesien, Posen und  
die Nachbargebiete“ ist  
durch unsere Expedition,  
Weißgerbergasse 64, durch  
die Post u. durch Colporteurs  
zu beziehen.

Preis vierteljährlich 42.50,  
pro Woche 20 4

# VOLKSWACHT

Die „Volkswacht für  
Schlesien, Posen und  
die Nachbargebiete“ er-  
scheint wöchentlich 6 Mal.  
Der Insertionspreis für die  
5 gespaltene Zeile beträgt  
20 4

Postzeitungsliste  
Nr. 5540.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.  
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Theil: Fritz Hunert in Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

2. Jahrgang.

Dienstag, den 12. Mai 1891.

Nr. 108.

## Der Achtstundentag.

Jules Guesde.

„Der gesetzliche Achtstundentag, der in wenigen Wochen in der alten und der neuen Welt Hunderttausende von Proletariern in Bewegung setzen wird, hat vor ein paar Tagen seinen Einzug in die Rechtschule von Paris gehalten. Der durch seinen Plan eines staatlichen Alkoholmonopols wohlbekannte Professor der Finanzwissenschaft, Herr Aiglave, ist es, der sich an die Frage wagte, da er, wie er sagte, „sich in dem Momente einer Prüfung derselben nicht verschließen wolle, wo sie sich auf die Straßen zu lagern drohe.“

Und der Geist, in dem er sie behandelt hat, legt ein zu bereites Zeugnis ab für den Fortschritt, der sich Dank der sozialistischen Ideengewalt selbst in den widersprechendsten Kreisen vollzogen hat, als daß ich nicht den Inhalt dieser Vorlesung, die in unserem Universitätsleben ein wirkliches Ereignis bedeutet, kurz resümierend mitteilen sollte. —

Die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden, erklärte der nicht sozialdemokratische Professor Aiglave, läßt sich von zwei Standpunkten aus beurteilen: vom juristischen und vom wirtschaftlichen.

Was zunächst die juristische Seite betrifft, so ist ein häufiger Einwand der Gegner, daß eine derartige Bestimmung mit der Freiheit des Vertragsschlusses im Widerspruch stehe; der Staat dürfe wol einschreiten zu Gunsten der Minderjährigen, der jugendlichen und weiblichen Arbeiter, keineswegs aber stehe ihm dies Recht für die männlichen großjährigen zu. Sie fügen hinzu, daß man auf eine Bewilligung niemals hoffen dürfe.

Nun ist aber ein Kaufkontrakt, der mit einem Verlust von über  $\frac{7}{12}$  geschlossen wurde, nichtig, da das Gesetz voraussetzt, daß derjenige, welcher auf eine so beträchtliche Selbstschädigung einging, nicht frei sein kann. Die Lage des Arbeiters entspricht der eines solchen Verkäufers. Mit Unrecht schügen die Nationalökonomien vor, daß, wenn ein Arbeiter mit seinem Unternehmer übereinkommt, 12 Stunden zu arbeiten, und ihr ihn daran hindert, daß ihr dann die Freiheit des Arbeiters antastet.

Wenn sich ein Arbeiter anbietet, in einer Werkstatt oder einem Hüttenwerk zu arbeiten, sagt der Unternehmer zu ihm: Entweder du arbeitest zwölf Stunden, oder du arbeitest gar nicht, und so steht der Arbeiter vor der Wahl, entweder brotlos zu bleiben, oder sich der Fabrikordnung zu fügen. Also ergibt sich die Ungleichmäßigkeit seiner Lage und der des um mehr als sieben Zwölftel des Wertes geschädigten Verkäufers und somit die Notwendigkeit eines gesetzlichen Einschreitens.

Wenn man einwendet und fragt, ob man den Arbeiter zur Verantwortung ziehen dürfe, der über die gesetzliche Frist hinaus arbeitet, oder den Unternehmer, der ihn zum Arbeiten nötigt, so erwidern die Sozialisten: Die Fabrikordnung sei strafbar, also derjenige, der sie geschaffen hat, d. h. für jetzt der Unternehmer; und weiter ergäbe sich so als Notwendigkeit, daß die Fabrik-Ordnungen von den Unternehmern und Arbeitern gemeinschaftlich ausgearbeitet würden.

Dann zur wirtschaftlichen Seite. Wird der Arbeiter durch Einführung des Achtstundentages seine Stellung verbessern?

Die Ökonomen bezweifeln es. Man suchte sie zu überzeugen, indem man sagte, daß bei einer Arbeitszeit von beispielsweise 12 Stunden der Arbeiter sich überanstrengt, und ein zu früher Tod sei die Folge. Nach der siebenten oder achten Arbeitsstunde ist der Arbeiter ermattet und vermag demgemäß nur noch Geringeres zu leisten. Und je öfter diese Uebermüdigungen eintreten, desto mehr bleibt die Produktivität der Arbeit hinter dem früheren Maße zurück; so glaube man behaupten zu können, ein Arbeiter vermöchte in zehn Stunden täglicher Arbeit ebenso viel zu leisten, wie bei einer entkräftenden vierzehn- oder fünfzehnstündigen Tagesarbeit.

Diese Beweisführung, so werfen gewisse Ökonomen ein, würde wol zutreffen, wenn man damit die Bestimmung eines 12 stündigen Arbeitstages festsetzen wollte, vielleicht selbst eines 11- oder 10 stündigen, aber keinesfalls eines 8 stündigen, und sie kommen zu dem Schlusse, daß die Einschränkung der Arbeitszeit auf 8 Stunden eine Verringerung des Lohnes herbeiführen werde; denn möge nun der Arbeiter zu Zeit- oder zu Stücklohn gemietet sein, sein Lohn müsse bei der einen wie bei den anderen Arbeitszahlungsmethode entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit abnehmen.

Fast alle Ökonomen sind der Ansicht, daß ein achtstündiger Arbeitstag diese Wirkung nach sich ziehen werde. Dies sei der Grund, führen sie weiter aus, weshalb die Arbeiter die Festsetzung eines Minimallohnes fordern, welcher einen Niedergang der Produktion mit sich bringen würde, da er den Anreiz zur Arbeit erschaffen lasse.

Was hat man über diese Einwürfe zu denken? Die Menge der Erzeugnisse solle sich verringern, aber wird denn das Bedürfnis nach ihnen zurückgehen! Das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion wird zerreißen; diese Zerreißen des Gleichgewichts wird eine Preiserhöhung aller Waaren nach sich ziehen. Also wird der Arbeiter durch diese Maßregel nichts gewonnen haben, sagen die Nationalökonomien; er arbeitet 8 Stunden, er verdient weniger, und sein Lohn wird noch verhältnismäßig weniger Kaufkraft haben. — Das ist falsch! Um die Menge der Produkte zu vergrößern, wird der Arbeitgeber wieder mehr Arbeiter beschäftigen müssen und dieses Mehr werden ihm die Arbeiterschaaeren stellen, die vorher vergeblich nach Arbeit suchten. Diese vermehrte Nachfrage nach Arbeitern wird ein Steigen der Löhne bewirken, denn gerade das Vorhandensein einer gewissen Zahl beschäftigungsloser Arbeiter drückt die Löhne. Die Industrie wird sogar gezwungen sein, sich nach ländlichen Arbeitern umzusehen, was wiederum eine Erhöhung der Arbeitslöhne auf dem Lande zur Folge haben und die Grundbesitzer zu Verbesserung der Werkzeuge und der Arbeitsmethoden drängen wird.

Ich für meinen Teil zweifle keinen Augenblick an dem Eintreten dieser Lohnerhöhung; wird indeß diese Lohnerhöhung bedeutender sein als die Erhöhung der Waarenpreise? Es ist keine Frage!

Der Lohn wird schneller als alles Andere steigen. Im Falle der Seltenheit steigt der Preis derjenigen Waare am raschesten, welche am notwendigsten gebraucht wird. Vor der Zeit des Freihandels sah man

bei einer Abnahme der Getreideproduktion um ein Zehntel den Preis des Getreides sich verdoppeln; 1889 fehlte nur ein Hundertstel des notwendigen Kohlenquantums und schon stiegen die Kohlenpreise auf das Doppelte, die Roarkpreise auf das Dreifache. Wol, die Arbeit ist aber die allernotwendigste Waare, und so wird ihr Wert ein Maximum erreichen. Und was bestimmt die Preise der Produkte? Die Arbeit und das Kapital. Nun hat sich nur die Nachfrage nach Arbeit vermehrt, nicht das Kapital. Nimmt man also an, daß Arbeit und Kapital je zur Hälfte den Wert des Produktes bilden, so ergibt sich, daß die Vermehrung der Waarenpreise nur gleich der Hälfte der Erhöhung der Löhne sein kann. Man kann demnach schließen, daß der Achtstundentag das Geschick der Arbeiter verbessern wird! Ich verstehe also, weshalb die Arbeiter ihn so eifrig verlangen.

Man könnte sich indeß, wenn man die ganze Welt in seine Betrachtung zieht, fragen, ob nicht vielleicht überhaupt die Menge der Produkte aller Länder geringer werden wird! Doch das ist unglaublich. Seit einem Jahrhundert haben die Maschinen die Arbeit vermindert und die Masse der Produkte vergrößert. Diese Erwägung muß uns hinsichtlich der Zukunft beruhigen: in den Maschinen haben wir das Mittel, die Produktion der ganzen Menschheit zu steigern.

Die Fortschritte in der Technik würden ein etwaiges Defizit rasch ausfüllen und darüber hinaus die Produktion vermehren. —

## Religion und Staat.

Berliner Brief.\*)

20.

..... t. Die materiellen Interessen sind überall das Ausschlaggebende. Trotz all des geistigen Druckes, den die Spanier vor Jahrhunderten in den Niederlanden ausübten, wäre der Abfall derselben doch nicht erfolgt, ohne die Salzsteuer, welche die spanische Fremdherrschaft den Unterworfenen aufzuerlegen für gut fand.

Auch die Fürsten haben allezeit die handgreiflichen Vorteile den „ewigen“ Gütern vorangestellt, und in Ideallosigkeit konnten und können sie mit der heutigen Bourgeoisie wetteifern. Einen Wechsel ihres Glaubensbekenntnisses sieht man sie daher häufig vornehmen, wenn materielle Vorteile dabei für sie herauschauten. Heinrich VIII. von England trat vom Katholizismus zurück, weil ihn der Papst nicht von seiner ersten Gemahlin, Catarina v. Aragonien, scheiden wollte. Er wurde dadurch der Gründer der englischen Hockirche.

Philipp I., Landgraf von Hessen, welcher in seinem „Reiche“ 1526 die Reformation eingeführt hatte, wünschte bei Lebzeiten seiner Gattin eine zweite Ehe zu schließen, und drohte von der Reformation zurückzutreten, wenn Luther ihm nicht die Konzeßion erteilte. Luther ließ denn auch Recht — Recht sein, und Gesetz — Gesetz. Er erteilte einem lutherischen Pfarrer in Hessen die Erlaubnis, ein Ehebündnis „einzusprechen“, durch welches sich ein deutscher Fürst des Verbrechens der Bigamie schuldig machte.

August II., Kurfürst von Sachsen, trat 1687 zum Katholizismus über, um die polnische Königskrone erlangen zu können. Hierdurch ist es geschehen, daß

\*) Man vergleiche Berliner Brief Nr. 19. S. 5.

die Regenten des heutigen fast vollständig protestantischen Königreichs Sachsen der katholischen Konfession angehören.

Daß im Reformationszeitalter eine ganze Reihe von deutschen Fürsten besonders wegen Besitzvergrößerung in Folge der sogenannten Säkularisation der katholischen Kirchen und Klostergrüter aus der „alleinseligmachenden“ Kirche austraten, ist eine bekannte Tatsache.

Weniger bekannt dürfte es sein, daß die Kurfürsten von Brandenburg die Lehre Luthers wieder aufgaben und Anhänger Kalvins wurden, um sich in Besitz der Alveischen Erbschaft setzen zu können. In Folge hiervon war der preussische Hof bis 1817 reformirt.

In diesem Jahre stiftete Friedrich Wilhelm III. die evangelische Union, durch welche die beiden protestantischen Bekenntnisse „ausgehöhnt“ werden sollten. Seitdem nennt sich das brandenburgisch-preussische Königshaus, welches anfänglich katholisch, später lutherisch, noch später reformirt war, nunmehr evangelisch unirt.

Die Beispiele fürstlicher Glaubenswechselungen einer Krone zur Liebe lassen sich noch erheblich erweitern.

Der Vater des jetzigen Königs der Belgier, ein protestantischer Koburgischer Prinz, hatte in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts die englische Tronerbin geheiratet, um „Prinz-Gemahl“ der späteren Königin von Großbritannien und Irland werden zu können. Als jedoch die Prinzessin im ersten Wochenbette mit ihrem Kinde starb, sah sich der kleine deutsche Prinz um seine ehrgeizigen Hoffnungen betrogen. Da kam ihm die Revolution von 1830 zur Hilfe, in welcher sich die südlichen Provinzen der Niederlande als selbstständiges Königreich „Belgien“ konstituirten. Die Krone dieses neuen Staates wurde dem Prinzen Leopold von Coburg unter der Bedingung des Uebertritts zum Katholizismus angetragen. Ohne Zögern vertauschte Leopold I., der vorher in England als Gemahl der späteren Königin nur wegen seiner Zugehörigkeit zur protestantischen Kirche möglich gewesen war, den Protestantismus mit dem Katholizismus, ohne welchen die belgische Krone für ihn nicht zu erlangen war.

Ein ähnliches Schicksal wie Belgien hatte zu derselben Zeit Griechenland. Die Griechen hatten sich von der Fremdherrschaft der Türken befreit und suchten einen König. Ihre Wahl fiel auf den römisch-katholischen Prinzen Otto von Bayern, welcher nach Annahme des griechisch-katholischen Glaubens von 1832 ab 30 Jahre lang die Krone Griechenlands getragen hat. Nach Absetzung Ottos fiel die Wahl der Griechen auf den protestantischen Prinzen Georg von Dänemark, welcher 1863 seine nordische Heimat und den Protestantismus gegen das sonnige Griechenland und das griechisch-katholische Bekenntnis vertauschte.

Ähnlich zahlreich ist der Glaubenswechsel fürstlicher Personen, namentlich in Deutschland zum Zweck einer Eheverbindung. Die Zahl der Beispiele bildet eine lange Reihe. Beschränken wir uns auf zwei aus diesem Jahrhundert.

Die Tochter Friedrich Wilhelms III. vermählte sich dem Kaiser Nicolaus von Rußland und nahm die griechisch-katholische Konfession an. Elisabeth, die

Gemahlin Friedrich Wilhelms IV., eine bayrische Prinzessin, trat zum Protestantismus über.

Innerhalb Deutschlands hat zwischen Preußen und Bayern die Heiratspolitik das konfessionelle Hinderniß überhaupt nicht gelten lassen, aber ohne Konfessionswechsel auf preussischer Seite.

Doch hat die Mutter Ludwig II. von Bayern, eine preussische Prinzessin, noch in ihren letzten Jahren sich zum Katholizismus belehren lassen. Wenn in der preussischen Königsfamilie der Uebertritt zur orthodoxen Kirche weniger oft, wie in anderen Herrscherhäusern, ja sogar bis jetzt nur in dem einen erwähnten Falle vorgekommen ist, der Uebertritt zum römisch-katholischen Glauben aus Heiratsgründen aber überhaupt nicht, so hat dies seinen Grund nicht in der größeren Glaubensstreue, sondern in der preussischen Politik. Preußen ist bekanntlich die Vormacht des Protestantismus in Europa.

Den besten Beweis für die Wichtigkeit dieser Ansicht bildet Friedrich II. von Preußen.

Derfelbe trug doch, trotz seiner freigeistig-ateistischer Ansichten Bedenken, in einen Religionswechsel seiner Schwestern zum Zwecke der Vermählung mit andersgläubigen Tronerben zu willigen, weshalb er die Bewerbung des französischen Dauphin um die Prinzessin Amalie, und die der Kaiserin Elisabeth von Rußland für den Zarewitsch, den nachmaligen Peter III., um die Hand Ulrike Eleonorens ablehnte.

Von diesem Gesichtspunkte aus aufgefaßt, hat in allerneuester Zeit die Nachricht ein gewisses Aufsehen erregt, daß die Schwester des jetzigen deutschen Kaisers, die Kronprinzessin Sophie von Griechenland, zum griechisch-katholischen Glauben übergetreten sei.

Im Gesellschaftskörper des modernen Staates sind hauptsächlich zwei Klassen maßgebend: das Proletariat und die im Kampfe mit ihm ringende Bourgeoisie. Das Verhältnis jedes dieser Faktoren zur Kirche haben wir in unsere Besprechung hineinbezogen. Das zwischen Proletariat und Bourgeoisie bestehende Kleinbürgertum muß aus tausend Gründen über kurz oder lang unweigerlich dem Proletariat verfallen, während die Aristokratie, der kleine, hohe und höchste Adel, welcher heute noch in den meisten Ländern ein wenig zwischen Baum und Borke seinen Platz hat, ebenfalls in absehbarer Zeit sich mit der Bourgeoisie vollständig zu einer unzertrennlichen Masse verschmilzt. Was nun für die Bourgeoisie hier zutrifft, das gilt auch in diesen Betrachtungen für die Aristokratie.

Unser Schlußergebnis ist folgendes: Proletariat und Bourgeoisie sind zu einem großen Teil ungläubig, aber mit dem Unterschiede, daß das Proletariat mehr geneigt ist, offen Farbe zu bekennen, während die heutige Bourgeoisie unter allen Umständen krampfhaft den Schein der Gläubigkeit wahren möchte. Aus der Leichtigkeit aber, mit welcher die Fürsten ihr Glaubensbekenntnis wechseln, erzieht man, daß auch bei ihnen die Religion mehr von der Seite des Nutzens, der Zweckmäßigkeit, der Politik betrachtet wird, als daß sie Herzbedürfnis wäre. Im Gegensatz zu früher, wo der Grundsatz zu Recht bestand: „Hujus regio, eujus religio“ — d. h. wem das Land gehört, nach

dem richtet sich die Religion (des „Untertanen“) — sehen wir heute, daß in neu gegründeten Reichen die Fürsten ohne Weiteres sich der Religion der meisten Staatsbürger anschließen. Kurz, fast überall, wo nicht Religionslosigkeit oder Unglaube, da Indifferentismus und Gleichgiltigkeit. Bei diesem Standpunkt der Dinge scheint uns ein besonderer Kampf gegen die Religion und gegen die Kirche — wie er seit vielen Wochen wieder hier in Berlin in zahlreichen öffentlichen Versammlungen gekämpft wird — ziemlich überflüssig.

Der Darwinismus hat auf diejenigen rudimentären Körper besonders aufmerksam gemacht, welche wie der Blinddarm aus früheren Entwicklungen in den menschlichen Organismus übergegangen sind, ohne noch irgend welche Funktionen, irgend welchen Nutzen und Zweck zu besitzen.

Nun — die Religionen im heutigen Staatsleben indes die Nutzenanwendung für uns und für jeden Einzelnen liegt so nahe, daß sie nicht besonders ausgesprochen zu werden braucht. Ein Jeder möge das mit seinem innersten Menschen abmachen.

### Deutschland.

Die sozialdemokratische Fraktion verhandelte über die Beschickung des internationalen Arbeiter-Kongresses in Brüssel und wurden die Abgeordneten Nebel, Liebknecht und Singer mit der Vertretung der Fraktion und der offiziellen Parteileitung betraut.

Ueber allerlei sonderbare Projekte, betreffend Arbeiterhäuser in Berlin, berichtet die „Post“. Danach soll von Staatswegen ein Musterarbeitermietshaus für 305 Familien mit 1000 Köpfen gebaut werden — in vielfacher Beziehung der unglücklichste Gedanke, der gefaßt werden kann. Nach diesem Muster will, wie die „Post“ andeutet, die Staatsregierung alsbald die Wohnungsfrage in Berlin planmäßig lösen. — Sie würden aber dabei mehr verwirren wie lösen. Uns scheint, die Wirtschaftspolitik des Herrn Miquel heißt sich schon jetzt selber in den Schwanz. Auf der einen Seite will man mittels Staatskredit und Rentengütern die Arbeiter künstlich an das platte Land fesseln, auf der anderen Seite wieder ebenfalls mittels Staatskredit durch Wohnungen künstlich in die großen Städte locken. Wir werden demnächst die vortrefflichen Darlegungen über diese Frage besprechen, welche der bekannte Karl Bucher in einem Buche über diesen Gegenstand neuerdings veröffentlicht hat.

Vom rheinisch-westfälischen Bergarbeiterstreik ist fast nichts mehr zu berichten. Auf den Zechen des Bochumer Vereins gilt der Ausstand nunmehr auch als beendet. Auf Zeche „Hasenwinkel“ fand eine Belegschaftsversammlung statt, in welcher beschlossen wurde, die Arbeit wieder aufzunehmen. Eine Versammlung der Belegschaft „Marianne und Steinbank“ beschloß das Gleiche. Auf „Hasenwinkel“ werden zur Morgenschicht 600, auf „Marianne und Steinbank“ etwa 700 Mann unter Tage anfahren. Ob auf „Engels-

### Gekrönte Mordhemmer.

Im Jahre 1838 erinnerten sich noch die älteren Einwohner Versailles eines armen leidenden Wejens, welches sie in ihrer Jugend auf einen Stock gestützt vor dem Schlosse sich hinstellen sahen. Dieser Mann, abgesehen er alle Anzeichen einer großen Alterschwäche an sich trug, war mit kahlem Haupte, bleichen, eingefallenen Wangen und trübem Auge erst achtundfünfzig Jahre alt. Es war Gamain, der Schlossermeister Ludwig XVI. Jeder, der es hören wollte, konnte folgende Geschichte von ihm erfahren:

Schon seit Oktober 1791 hatte Gamain seinen allerhöchsten Lehrling nicht mehr gesehen. Am 22. Mai 1792 hielt ein Mann zu Pferde, den er sogleich als den Schlossergehilfen Sr. Majestät erkannte, vor seiner Werkstätte an und forderte ihn im Namen des Königs auf, sich zu demselben nach Paris in die Tuileries zu begeben. „Tretet durch die Rühren in die königlichen Gemächer ein,“ sagte Durey zu ihm, „um kein Aufsehen zu erregen.“

Gamain, der ohnehin schon durch seine Beziehungen zum Könige kompromittirt war, entschuldigte sich und schlug das Anerbieten aus. Drei Stunden nachher kam Durey eiligst zurück, um ihn noch einmal zu überreden; aber erst den folgenden Tag wurden Gamains Bedenken überwunden durch ein eigenhändiges Schreiben des Königs, der ihn inständig bat, ihm, seinem ehemaligen Lehrling, hilfreiche Hand zu leisten, um eine schwierige Arbeit vollenden zu helfen. Durey führte Gamain in die königliche Werkstätte.

„Mein armer Gamain,“ sagte Ludwig XVI. zu ihm, indem er ihn auf die Schulter klopfte, „es ist schon lange her, daß wir uns nicht mehr sahen. Die Zeiten sind schlecht und ich weiß nicht, wie alles das enden soll.“ Dann zeigte er ihm seine Schlosserarbeiten. „Was sagst Du zu meinem Talente? Ich allein habe diese Arbeit vollendet. Ich bin Dein Lehrling, Gamain. Ich habe mein Vertrauen zu Dir gehabt,“ fügte er hinzu, „und stehe nicht an, das Schicksal meiner Person und meiner Familie in Deine Hände zu legen.“

Er führte Gamain in einen dunklen Gang, der mit dem Zimmer des Dauphin in Verbindung stand. Durey folgte mit einem Wachelicht. Auf Befehl des Königs hob er einen Korb von der Wand weg; ein Loch von ungefahr zwei Fuß Durchmesser kam zum Vorschein.

„Dieses Versteck,“ sagte Ludwig XVI., „ist dazu bestimmt, Geld zu bergen.“ Er selbst habe mit Durey in der Nacht daran gearbeitet. Er wisse aber nicht, wie die eiserne Türe am Eingange der Oeffnung anzupassen sei, und das sei eben der Dienst, den er von dem Meister verlange.

Gamain begab sich sogleich ans Werk, wobei er vom König fleißig unterstützt wurde, der bei jedem Hammerschlag, den Gamain auf Eisen tat, denselben bat, so leise wie möglich zu schlagen und sich zu beugen.

Nach acht Stunden angestrengter Arbeit war das Werk vollbracht. Gamain sank ermüdet auf einen ihm vom König dargebotenen Sessel. Er mußte noch mit Sr. Majestät zwei Millionen Franken in Doppel-

dieser Arbeit, die dazu bestimmt war, seine Aufmerksamkeit abzulenken, sah Gamain, wie Durey Papierpackete in das Versteck schleppte.

Als Alles beendet und das Geld eingeschlossen war, bot der König ihm an, vor seiner Abreise mit ihm zu Abend zu essen. Da es aber schon spät war, so wünschte Gamain, der seit Morgens früh vom Hause weg war, zu seiner Familie zurückzukehren. Auch schlug er's aus, von Durey begleitet zu werden, da ihm dessen Miene ein geheimes, unerklärliches Mißtrauen einflößte.

In demselben Augenblicke, als er Abschied nehmen wollte, öffnete sich eine verborgene Türe zu Füßen des königlichen Bettes und herein trat mit einem Glase Wein und einem kleinen Kuchen in der Hand die Königin Maria Antoinette.

„Mein liebster Gamain,“ sagte sie im zärtlichsten Tone, „Sie haben sich so ermüdet! Trinken Sie und essen Sie, bevor Sie abreisen, dieses Glas Wein und diesen kleinen Kuchen. Dies wird Sie wieder ein wenig stärken.“

Ganz verblüfft nahm der Schlossermeister dankend das Glas Wein aus ihrer zarten Hand und trank es auf ihre Gesundheit aus. Den Kuchen steckte er in die Tasche für seine Kinder.

Es schlug 8 Uhr Abends, als der Schlosser von Versailles die Tuileries verließ.

In den Champs-Élysées angelangt, wo er die am Seineufer hulaufende Chaussee verfolgte, fühlte sich Gamain von einem heftigen Schmerz überfallen. Er bekam Uebelkeiten, Leibschmerzen, Schwindel, wurde schwächlicher und sank zu Boden. Er hätte nur noch

burg" ebenfalls alles wieder alles anfahren wird, ist noch fraglich. — Auf Bege „General“ bei Weimar verfuhr die Schicht unter Tage von 290 Mann 175. Auf allen anderen Bechen in der Umgebung ist, abgesehen von den gemahregelten Bergleuten, alles wieder angefahren.

Die rote Fahne. In Nowawes bei Potsdam schwebte am Morgen des 1. Mai eine große rote Fahne mitten in der Priesterstraße an einem Telephon-draht. Dieselbe war um den Draht selber mit Draht befestigt und konnte nur mit großer Mühe erst am späten Abend wieder entfernt werden.

In Magdeburg fand eine polizeiliche Hausdurchsuchung bei 25 bekannten Sozialdemokraten und in der Expedition der „Volksstimme“ statt. Dieselbe sollte Material für eine angebliche Verbindung der in Magdeburg und in den Vorstädten bestehenden sozialdemokratischen Arbeitervereine liefern. Im Anschluß daran wurden sämtliche 5 Arbeitervereine und der Metallarbeiterverein polizeilich geschlossen.

Auch ein Beitrag zur „Fürsorge“ für die Arbeiterklasse. Der Zufall, der ja den Sozialdemokraten manchmal günstig ist, spielte dem „S. G.“ ein Versammlungsprotokoll des in Ederndörbe domizilierten „Landwirtschaftlichen Vereins am Kanal“ in die Hände. Uns interessiert darin der zweite Abschnitt: „Mitteilungen über den Verein für Arbeitsnachweis ländlicher Arbeiter.“ Ein Herr Weymar-Westertal, Mitglied dieses Vereins, berichtete über dessen Entstehung und daß die Statuten nach dem Muster des Berliner Arbeitsnachweisvereins aufgestellt seien. Nach einer Schilderung der inneren Einrichtung des Arbeitsnachweises heißt es in dem Protokoll in den Ausführungen Weymars: „Leider steht bis jetzt der Arbeitsuchende dem Unternehmen noch durchaus gleichgültig gegenüber, doch wird sich dies hoffentlich bald ändern, wenn nur erst der Arbeiter voll erkannt hat, daß auch für ihn die Einrichtung segensreich ist (der Arbeiter selbst hat gar keine Unkosten).“ Uns ist diese „Gleichgültigkeit“ der Arbeitsuchenden sehr erklärlich. Selbst von der Idee des Sozialismus noch unberührte Arbeiter fühlen instinktiv, daß ein solcher Arbeitsnachweis in den Händen der Arbeitgeber für sie nicht vorteilhaft, sondern ein Mittel ist, die Arbeiter noch mehr als bisher abhängig zu machen, indem jedem Mißliebigen alle Aussicht auf Erwerb abgeschnitten werden kann. Hoffentlich werden alle ländlichen Arbeiter, durchdrungen von dieser Erkenntnis, auf den „Segen“ des Arbeitsnachweises verzichten. Sehr interessant ist folgende Stelle des Protokolls: „Herr Weymar betont am Schlusse seiner Ausführungen noch ganz besonders den voraussichtlichen sittlichen Erfolg des Instituts, handle es sich doch auch ganz besonders mit darum, eine Organisation zu schaffen, die, wenn die Hochflut der sozialdemokratischen Bewegung auch an uns heran tritt, ein festes Bollwerk dagegen bilden sollte! Bangius-Marienthal erwähnt, daß wir, sollte es vielleicht zu Arbeitsstellen auch bei uns kommen, fest auf die Hilfe der Regierung würden rechnen können; der Herr Oberpräsident habe im vorigen Jahre ihm persönlich mitgeteilt,

daß auf telegraphischen Wunsch sofort Militär zur Verfügung sei und wäre es auch mitten im Manöver. Auf eine Neußerung von ihm, daß es jedenfalls besser sei, wenn wir statt dessen militärische Arbeiter bekämen, sei ihm erwidert, daß dieser Vorschlag jedenfalls in Erwägung gezogen werden solle.“ Wir unterlassen es, eine Kritik an diese Ausführungen zu knüpfen. Jeder Leser wird ohnehin Betrachtungen darüber anstellen, wozu die Armees gut ist!

Ohne Sozialistengesetz werden im Osten unseres „teuren“ Vaterlandes, rechts der Elbe, welche Gegenden öfters auch Deutsch-Rußland genannt werden, noch dieselben Gewalttaten gegen Sozialisten verübt, wie unter der Herrschaft jenes Gesetzes. So berichten konservative Blätter aus Stuhm in Westpreußen, wo kürzlich Reichstagswahl stattgefunden hat: „Vorgestern (d. h. am Tag vor der Wahl) Vormittag wurden hier zwei Danziger Sozialdemokraten wegen Wahlzettelverteilung verhaftet und erst am Abend entlassen. Außerdem wurden die Sozialdemokraten Höpfer-Marienburg und Korn-Eßling wegen Wahlzettelverteilung verhaftet und sollen am Wahltag in Haft gehalten werden.“ Jeder Kommentar zu dieser Notiz ist überflüssig.

Aus Sachsen. Frauen in Vereinen. Neuerdings hat die Kreishauptmannschaft in Zwickau den ihr unterstellten Behörden die Mitteilung zugehen lassen, daß es laut Verordnung des Ministeriums des Innern in Anbetracht der in der letzten Zeit eingetretenen Veränderungen in der Gesetzgebung in Zukunft auch Frauen gestattet sein solle, Vereinen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, als Mitglieder anzugehören.

Wer ist die Ordnungspartei? Die Stuttgarter Polizeibehörde hat ihre ablehnende Haltung zum geplanten Umzuge am 3. Mai mit einer Erwägung begründet, welche in den weitesten Kreisen bekannt zu werden verdient. „Der ablehnende Standpunkt der Behörde“, schreibt die „Schwäb. Tagwacht“, „wurde damit motiviert, daß man zwar glaube, daß von Seiten der Veranstalter und auch der Mehrzahl der Teilnehmer Alles aufgegeben werde, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und Zwischenfälle zu vermeiden, allein es sei auch in Berücksichtigung zu ziehen, daß die andern Kreise der Bevölkerung, welche in dem Festzug eine feindliche Demonstration erblicken, Störungen und Provokation versuchen könnten.“ Ist dieser Bescheid des weisen Polizei-Daniel nicht wahrhaft klassisch und dabei ebenso schmeichelhaft für die Sozialdemokraten wie wenig schmeichelhaft für die „Ordnungsbrüder? Also von uns, den „Umstürzern“, befürchtet die Polizei keinerlei Störung, sie weiß, daß alles in schönster Ordnung verläuft. Aber von den „Ordnungsbrüdern“ befürchtet sie Rabau. Auf sie könnte der Festzug möglicherweise wirken wie ein rotes Tuch auf einen Stier, und darum muß er unterbleiben. Ein schöneres Kompliment hätte der Sozialdemokratie kaum gemacht werden können. Offiziell ist damit ausgesprochen, daß wir die wahre Ordnungspartei sind, und zwar nicht bloß rüchlich der von uns angestrebten Gesellschafts-

form, sondern auch bezüglich unserer Agitation, unserer Kampfesweise, unserer öffentlichen Kundgebungen. Und dafür unsern Dank!

Fulda. Ein hiesiger Fabrikarbeiter, welcher bei einem sehr christlichen Fabrikbesitzer beschäftigt ist, verunglückte vor einiger Zeit bei der Arbeit. Er erhielt seitdem aus der Unfallversicherung  $\frac{1}{2}$  seines Lohnes. Nun verrichtet er aber nach wie vor in vollem Umfange seine Arbeit, aber der Arbeitgeber bezahlt ihm, da er  $\frac{1}{3}$  seines früheren Verdienstes aus der Unfallversicherung erhält, nur noch  $\frac{2}{3}$  seines früheren Verdienstes. Wer hat nun den Nutzen?

Heidelberg. Der Verein zur Errichtung eines Krematoriums (Einrichtung für Leichenverbrennung) dahier, findet von allen Seiten thatkräftige Unterstützung. Nachdem sich das Ministerium befürwortend geäußert hat, beantragt der Stadtrat, das Krematorium nach dessen Vollendung durch die Stadt zu übernehmen. Von Freunden der Sache ist das nötige Kapital bis zum Betrag von 39 000 Mk. gezeichnet und es wird die Zeichnung der noch restierenden Anteilscheine wohl bald vollendet sein. Der gesamte Krematoriumsbau wird auf 44 000 Mk. zu stehen kommen; bei der Verbrennung soll das in Gothenburg eingeführte System angewendet werden. Den Grund und Boden (in der Nähe des Friedhofs) wird die Stadt unentgeltlich abtreten.

Folgende interessante Buchhändleranzeige teilen wir zur Erheiterung unserer Leser im Wortlaut mit; ein Urteil dazu kann sich Jeder selbst bilden:

„Hurrah, dem sechsten Prinzen!“

muss statt:

„Hurrah, der sechste Junge!“

bei öffentlichen Vortrag dieses effectvollen Liedes in der Provinz Hannover

gesungen werden, weil dort laut Verbot der zuständigen Behörde, die Bezeichnung „Junge“ für den jüngsten „kaiserlichen Prinzen“ als nicht statthaft erachtet worden ist. Im übrigen Deutschland ist ein solches Verbot nicht erlassen.

Dies schwangvolle Marschlied mit reizendem Text und Chor-Refrain:

„Hurrah, der sechste Junge“

von Ludolf Waldmann, Op. 85

mit ebenso prachtvollem als originellem Titelblatt.

ist soeben in 3. Auflage erschienen.

Mühlheim a. Rh. Dieser Tage kommt ein Bäuerlein in eine Verkaufsstelle für Postwertzeichen und fragte: „Kann ich heh för en Mark vun dä Papeerchen hann, wodurch mer Renteneerer weed?“ Der Geschäftsinhaber sagt: „Was meinen Sie damit?“ Das Bäuerlein entgegnet: „Dehr kennt doch auch datt neu Gesetz, was se en Berlin gemacht hann? Do fall mer jüst kass jätt vun dä Papeerchen en nen Boock kleewe, dann weed mer mit sibbenzig Jahr Renteneerer, und weil ich no bahl ne Sibbenziger ben, mög ich dat no auch wäde!“ — „Dazu müssen sie aber auch eine Quittungskarte haben, und bei wem sichen Sie denn

einen heißen Durst, als ob ein Feuer in seinem Innern wütete. Indem er alle seine Kräfte zusammenfaßte, konnte er sich noch, auf Händen und Füßen kriechend, nach dem Flusse hinschleppen. Dann verlor er alles Bewußtsein.

Nach einer Weile kam ein Wagen daher gefahren. Der Herr, welcher darin saß, ein englischer Arzt, bemerkte den am Wege liegenden menschlichen Körper, ließ still halten, sprang aus dem Wagen und untersuchte den Zustand dieses Körpers, dessen Brust von Zeit zu Zeit Klageöne hervorhohnten, dessen Gesicht bleich, dessen Haut brennend heiß war. Er nahm ihn zu sich in den Wagen und befahl dem Kutscher, im Galopp bis zur nächsten Apotheke zu fahren. Es war in der Rue de Bac in der Nähe der Tuilerien, wo Gamain, nachdem man ihm ein stark wirkendes Brechmittel eingegeben hatte, wieder zur Besinnung kam. Der großmütige Fremde brachte ihn in seinem Wagen selbst nach Versailles. Drei Tage schwebte er zwischen Leben und Tod. Dank der Pflege des englischen Arztes, eines Versailler Chirurgen, Namens Boisin, und des Doktors Samoiron, ebenfalls aus Versailles, wurde er vom Tode gerettet.

Noch wagte es Gamain nicht, seinen allerhöchsten Lehrling, den so wohlwollenden König und dessen so anmutige Gemahlin eines Verbrechens anzuklagen, dessen Opfer er hatte werden sollen. Durch einen Zufall wurde ihm jedoch jeder Zweifel benommen.

Die Magd, welche einige Tage später den Tod ausbüßte, welchen Gamain am 22. Mai getragen hatte, fand in einer Tasche den Kuchen, der inzwischen trocken und hart geworden war. Nachdem sie einmal

darein gebissen hatte, fand sie ihn unschmackhaft und warf ihn dem auf dem Hofe befindlichen Hoshunde hin, der ihn sofort verschlang. Die Magd wurde krank, der Hund starb und Boisin, der ihm den Magen öffnete, konstatierte in demselben das Vorhandensein eines bekannten Giftes.

An allen Gliedern gelähmt, mußte Gamain noch viele Monate warten, bevor er die Anzeige des Geheimnisses machen konnte, welches er nur der Regierung direkt anvertrauen wollte. Am 19. November begab er sich nach Paris und zeigte es dem Minister Roland an. Der Eisenschrank wurde sofort mit Beschlag belegt und die Papiere, welche sich darin befanden, waren die Ursache der Arrestation des Königs und des ihm gemachten Hochverratsprozesses.

Offizielle Dokumente bestätigen diese mysteriöse Episode der Revolutionsgeschichte.

Am 19. Mai 1794 faßte der Konvent, nach Anhörung des Berichts von Gungnard, einstimmig folgenden Beschluß:

„Franz Gamain, am 22. Mai 1792 von Ludwig Capet vergiftet, soll einen lebenslänglichen Jahresgehalt von 1200 Franken, vom Tage des Vergiftungs-Versuchs an gerechnet, beziehen.“

Was die Einzelheiten dieser Erzählung betrifft, die ebenfalls durch authentische Protokolle und durch den noch im Jahre 1839 lebenden Doktor Samoiron bestätigt worden sind, so verdanken wir denselben dem unter dem Namen Bibliophile Jacob bekannten Schriftsteller, der eine sehr bemerkenswerte Arbeit über diesen Gegenstand herausgegeben hat. Die meisten auf Gamain

Bezug habenden Dokumente sind unter der Restauration aus den Staatsarchiven entfernt worden.

### Die obligatorische Fabrik-Ordnung.

Nach dem Rezept gewisser Eisenkönige.

§ 1.

Wer die Maschine nicht gut schmirt, So daß sie ein Geräusch vollführt Und gute Oelung läßt vermissen, Wird rausgeschmissen.

§ 2.

Wer sich verspätet beim Apell, Wer nicht zur Arbeit antritt schnell, So daß die Andern warten müssen, Wird rausgeschmissen.

§ 3.

Wer eine Transmission berührt Und dadurch das Malheur riskirt, Daß ihm der Körper wird zerrissen, Wird rausgeschmissen.

§ 4.

Wer mitten in der Arbeitszeit Aus gieriger Geizhalsigkeit In seinen Mund schiebt einen Stifen, Wird rausgeschmissen.

§ 5.

Wer bei der Arbeit nicht entragt, Weil der Tabak ihm wehethagt,

in Arbeit? — „Ich kann berheim noch ein ne-  
Scribbooch von mingem Bittjupp fingem Adresche,  
do kann ich de Papeercher anflewe. Ich arbeite nit  
bei andere, ich krooße bloß for mich der ganzen hellen  
Dag em Fesb, en der Schülr un em Stall. Desß ben  
ich no äover mööb un well auch Renteneere wäbel, —  
„Du, lieber Mann, wenn das so mit Euch steht, ist  
das Gesetz für Euch nicht gemacht!“ — „Ah esul Ich  
verstoh. Mer ärm Boore wäden immer ungerdröc  
und solle gelebtstebdags zo nüh komme. Stör äover  
Stör möße me lage, äover Renteneerer solle nier nit  
wäbel!“ So brummt das erboße Bäuerlein noch manch  
hartes Wort im Fortgehen. Es wäre für sein Leben  
gern „Renteneerer“ geworden.

**Ausland.**

**Oesterreich-Ungarn.**

Ueber Anzengruber's Wittve wird jetzt aus Wien  
geschrieben, daß ihr Geschick den Glauben an die  
rächende Nemesis erwecke. An Anzengruber's Seite, in  
bescheidener, anheimelnder Häuslichkeit, lebte sie vor  
Jahren. Der schaffensfrohe Dichter, die schöne Frau,  
zwei herzige, blühende Kinder — das war das prächtige,  
herzerfreuende Bild von damals. Und später sah man  
das Weib nicht mehr. Es lebte, für den Dichter aber  
war es gestorben. Die Frau hatte einen Ludwig An-  
zengruber verlassen, um sich einem ganz niedrig stehen-  
den, unwissenden Menschen zuzuwenden. Dieser hat sich  
dann ebenfalls von der Unglücklichen abgewandt, die  
nun buchstäblich auf die — Straße angewiesen war.  
Das Verbrechen, das sie an dem Dichter begangen,  
rächte sich furchtbar. Sie sank immer tiefer, von Stufe  
zu Stufe, sie war endlich an einem Punkte angelangt,  
von dem es ein weiteres Hinabgleiten nicht mehr giebt.  
Hier mußte sie mit den Behörden in Berührung kommen.  
Man hatte für den Namen, den man nun einmal dem  
Weibe nicht zu nehmen vermag, genug Pietät, um das  
Schrecklichste zu verhindern und zu bewirken, daß die  
gewesene Frau Ludwig Anzengruber's ein Unterkommen  
finde, welches ihr ein kärgliches Brot gewährt. Sie  
ist Kleiderbewahrerin in einem Wiener Vorstadttheater.  
Was die Unglückselige wol denken mag, wenn sie die  
Kleider der Theaterbesucher in der Garderobe hütet,  
während drin im Saale ein Werk ihres verrathenen  
Gatten das Publikum begeistert, rührt, erschüttert und  
zu Weisheitsstürmen hinführt.

**Italien.**

Aus Palermo meldet die „Tribuna“: Der Rektor  
der Universität hatte das Verlangen der Studenten ab-  
gewiesen, ihnen einen Saal einzuräumen, in welchem  
am Sonntag anläßlich des Arbeiterfestes eine Vorlesung  
über die soziale Frage gehalten werden sollte. Infolge  
dieser Ablehnung versammelten sich 400 Studierende,  
um gegen das Vorgehen des Rektors Einspruch zu er-  
heben, und beschloßen, den Vorträgen nicht mehr bei-  
zuwohnen. Mehrere Schulbänke und Fensterscheiben  
wurden zertrümmert.

Unser Genosse Körner wurde wegen seiner Zu-  
gehörigkeit zu unserer Partei von der Universität Rom  
ausgeschlossen.

Den Rauch sowie den Schnupfgenüssen,  
Wird rausgeschmissen.

§ 6.

Wer eine Zeitung abonniert,  
Die nicht vom Chef ist approbiert,  
Der so belastet sein Gewissen,  
Wird rausgeschmissen.

§ 7.

Wer Umgang mit Personen pflegt,  
Die sozialistisch angelegt,  
(Er wärd sich's selber sagen müssen),  
Wird rausgeschmissen.

§ 8.

Wer Bebel seine Stimmen schenkt,  
Foburch, wenn man es recht bedenkt,  
Je weber Bakt wird durchgerissen,  
Wird rausgeschmissen.

§ 9.

Wer, ohne daß der Prinzipal  
Durchaus genehmigt hat die Wahl,  
Als Bräutigam eine Braut will küssen,  
Wird rausgeschmissen.

(Lebige Blätter.)

**Frankreich.**

Die letzte Pariser Volkszählung ergab eine Ein-  
wohnerzahl von 2 428 000 gegen 2 261 000 im  
Jahre 1886.

Fourmies. Die angekündigte Streikabnahme hält  
nicht an. Die Arbeiter streikten, als ihnen eine zehn-  
prozentige Lohnerhöhung verweigert wurde. Seit Mittag  
wird überall gefeiert. Aufstörungen werden befürchtet.  
Abends findet eine Versammlung der Arbeitgeber statt,  
deren drei versöhnlich gesinnt sind.

Paris. Der Munizipalrat nahm nach einer leb-  
haften Debatte über die Haltung der Polizei am  
1. Mai mit 87 gegen 8 Stimmen eine Tagesordnung  
an, welche sich gegen das vom Minister des Innern  
den Forderungen der Arbeiter gegenüber befolgte Prä-  
ventivsystem, sowie zu Gunsten einer Amnestie und für  
ein Gesetz, betreffend das Recht zur Veranstaltung von  
Kundgebungen, ausspricht und ein Tadelvotum gegen  
den Polizeipräsidenten enthält. Für die Familien der  
Opfer von Fourmies wurden 10 000 Franks bewilligt,  
zugleich wurde eine Resolution zu Gunsten einer den  
Familienangehörigen der Getöteten zu gewährenden  
Pension und wegen der Erhaltung ihrer Kinder auf  
Staatskosten angenommen.

Aus den französischen Irrenhäusern. Der bekannte  
Verteidiger der Frankenspflegenden Ordensschwestern, der  
Abgeordnete und Arzt im Spital de la Charité, Dr.  
Després, hat in seiner Zuschrift an die Spitalzeitung  
(„Gazette des Hôpitaux“) folgenden skandalösen Fall  
zur Sprache gebracht. Im Hospiz de la Salpêtrière,  
einer weiblichen Irrenanstalt, wurde am Mittwoch der  
dritten Fastenwoche (Mittfasten, welcher Tag in Paris  
durch besondere Lustbarkeiten gefeiert wird) ein Masken-  
ball der Irren abgehalten. Die Irren waren  
selbst kostümiert, teils in Männer-, teils in Frauenkleidern,  
der Ball begann erst um 8 Uhr Abends, also ohne  
Rücksicht auf die Ruhe der Kranken; die dabei be-  
teiligten Irren, die Anfälle bekamen, wurden einfach in  
ihrem Maskenkostüm zu Bette gebracht, um erst später  
ausgekleidet zu werden, damit das Fest keine Störung  
erleide, und was das eigentlich haarsträubende bei der  
Sache ist, ist der Umstand, daß zu diesem an und für  
sich schon widerlichen Spektakel sogar an auswärtige,  
der Anstalt ganz fernstehende Personen gedruckte Ein-  
ladungen versandt worden waren, somit das Lärm und  
Treiben der armen Geistesgestörten zum Unterhaltungs-  
stoff des Gassenpublikums gemacht wurde. Das wäre,  
bemerkt Després, unter der Aufsicht von Ordens-  
schwestern gewiß nicht geschehen, ebensowenig wie drei  
andere Skandalfälle, die er als in jüngster Zeit ge-  
schehen verzeichnet. Im Irrenhause St. Anna tötete  
ein Krankenwärter einen Irren; ein anderer Irren er-  
hängte sich bei helllichem Tage im offenen Hofraume,  
der sehr leicht zu überwachen ist, und im Spital Du-  
bois war man schon infolge der Nachlässigkeit der mit  
der Aufsicht betrauten Saalwärterin nahe daran, eine  
Kranke statt einer anderen zu beerdigen. „Man kann“,  
schließt Després sein Schreiben, „es nicht oft genug  
wiederholen: es ist höchste Zeit, daß man durch Rück-  
berufung der Ordensschwestern wieder Anstand, Sitt-  
lichkeit und Sparbarkeit in die Spitäler einführe!“ —  
Wir meinen, um oben gerügte Missethate zu beseitigen,  
sind die Ordensschwestern absolut nicht nötig; es giebt  
andere geeignetere Mittel, diesen Zweck zu erreichen.

Der wegen Sittlichkeitsverbrechen angeklagte  
Deputierte Kapitan Verney ist zu einem Jahre Gefängnis  
verurteilt worden. Verney hatte in Bezug auf die  
Hauptpunkte der gegen ihn erhobenen Anklage seine  
Schuld zugestanden.

London. Aus der besseren Gesellschaft.  
Lord James Douglas, Bruder des Marquis Queens-  
berry, beging im Grafton Hotel Selbstmord. Das Motiv  
der Tat ist angeblich unbekannt.

Teure Menschenleben. Kürzlich wurde in Fach-  
blättern die Frage aufgeworfen, welche Personen ihr  
Leben mit den höchsten Beträgen verächtet haben. Die  
in Folge dessen angestellten Nachforschungen haben  
folgende Ergebnisse geliefert: Graf Dudley, einer der  
reichsten Männer der englischen Aristokratie, hat sein  
Leben mit 1,200,000 Pfd. Sterling versichern lassen,  
die nach seinem Tode der von ihm eingesezte Erbe  
erhält. Nicht hinter dem Grafen Dudley steht Herr  
Vanamaker, der Generaldirektor der Posten in den  
Vereinigten Staaten, auf der Liste, dessen Polize einen  
Wert von mehr als 20 Millionen Mark hat. Da sein  
Risiko für eine einzige Gesellschaft zu groß wäre, haben  
es 29 durchaus sichere Gesellschaften zusammen über-  
nommen. Der Prinz von Wales hat sein Leben mit  
650,000 Pfd. Sterling versichern lassen.

Englische Wanderlichkeiten. Selbst die wärmsten  
Bejürwörter einer weitgehenden Verwendung des weib-  
lichen Geschlechts dürften kaum auf den Gedanken ge-  
kommen sein, in einem Kriegsministerium weibliche

Beamte einführen zu wollen. Seit einiger Zeit ist dies  
aber im englischen Kriegsministerium der Fall! Es ist  
in demselben ein Bureau eingerichtet worden, wo die  
„Beamtinnen“ mit der Remington-Schreibmaschine  
arbeiten. Schon im vorigen Jahre wurde ein erster  
Versuch hiermit gemacht, welcher so gut ausfiel, daß  
jetzt zwei Abteilungen unter einer „Lady Superintendent“  
gegründet wurden. Sie hat neun bis zehn Assistentinnen  
unter sich, und man ist im Kriegsministerium mit dem  
Erfolge sehr zufrieden, da die Damen die Abschriften  
in der Hälfte der Zeit wie die bisherigen Militär-  
beamten liefern.

**Rußland.**

Einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus  
Petersburg zufolge entdeckte die dortige Polizei das  
Bestehen einer weitverzweigten revolutionären Ver-  
bindung, welcher hauptsächlich Litteraten und Studenten  
angehören. Täglich finden Verhaftungen statt. Sonntag  
wurden 70, am Montag 83 Studenten verhaftet, von  
der Universität ausgestoßen und aus der Hauptstadt  
verbannt. Ueber 20 harren der Verschickung nach  
Sibirien.

**Belgien.**

Die Wolff- und Reutertelegramme melden  
wieder häufige Dynamitstreiche, so daß zu vermuten  
steht, die Bourgeois und Genossen sind wieder an der  
Arbeit. Der Zustand allgemeiner Erregung des wirt-  
schaftlichen und politischen Lebens scheint den Herren  
geeignet zur „Propaganda der Tat“ im Dienste der  
Reaktion. Solche Explosionen werden gemeldet aus  
Lüttich, Roux und Mons. Seit den Bourgeois-  
Mezeleien sind keinerlei Maßregeln zur Besserung der  
Volkslage getroffen worden. Jetzt kommt noch die  
Wahlrechtserregung und die verschärften wirtschaftlichen  
Notstände dazu, und nun blüht ja der Weizen für die  
Polizeidynamiter. Die feste Antwort auf die Not-  
schreie der Glenden bleiben Lanciers und blaue Bohnen,  
mit dem Schein des Rechts ausgestattet durch die  
Streiche unaufrichtiger agents provocateur. Materielles  
Glend und Rechtlosigkeit der Massen sind leider ein  
wahrer Wucherboden für solche giftige Sumpfpflanzen,  
die unter regierungsseitiger hoher Protektion standen  
und möglicherweise jetzt noch sich derselben erfreuen.  
Ist doch noch dieselbe Regierung am Ruder wie da-  
mals.

**England.**

Eine Versammlung einflussreicher Persönlichkeiten  
in London, die sich mit der Frage der Einwanderung  
mittelloser Ausländer nach hier beschäftigte, beschloß,  
einen Verein gegen besagte Einwanderung zu gründen,  
sowie die Annahme des Antrages, daß jeder subven-  
tionirte Plan für die Auswanderung und Kolonisation  
von England aus zwecklos sei, bis eine gesetzliche  
Hemmung des Stromes der mittellosen Fremden durch-  
geführt wäre. Das Parlamentsmitglied Vincent, früher  
Oberpolizeikommissar Londons, sagte, die Einwanderung  
solcher Elemente sei beständig im Zunehmen. In der  
zweiten Hälfte des Jahres 1890 kamen 13,000 Ein-  
wanderer in London an. Allein im vergangenen Jahre  
saudte Hamburg 4000 Ausländer hierher, worunter  
3200 mittellose waren. Alle Redner waren darüber  
einig, daß eine gesetzliche Hemmung dieser Einwande-  
rung durchaus und unmittelbar geboten sei. „Daily  
Chronicle“ und „Standard“ unterstützen diese Be-  
stimmung.

**Parlamentsbericht.**

**Deutscher Reichstag.**

116. Sitzung.

An Vorlagen sind eingegangen: 1. Der Antrag des  
Reichskanzlers wegen Vertagung des Reichstages bis zum  
10. November d. J. und 2. Gesetzentwurf, betreffend die  
Unterstützung der Familien der eingezogenen Reservisten und  
Landwehrleute.

Die Generalakte der Brüsseler Antisklaverei-Konferenz  
passirt ohne Diskussion die erste und zweite Lesung.

Einige Rechnungssachen werden in zweiter Berathung er-  
ledigt und schließt sich hieran die Gesamt-Abstimmung über  
die Gewerbe-Ordnungs-Novelle (Arbeiterzuschuß).

Die Novelle wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten  
und einiger Konservativen angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Zuckersteuer-Gesetzes. Zu  
dieser Vorlage ist wiederum der Antrag Dr. Ortterer-Spahn  
(Zentrum) eingegangen, welcher die Konsumsteuer auf 18 Mk.  
und eine fünfjährige Uebergangsperiode festsetzen will mit  
einer offenen Exportprämie für die ersten drei Jahre von  
1.25 Mk. und für die weiteren zwei Jahre von 1 Mk.

Zu der Generaldiskussion bejwörtet Abg. Spahn  
(Zentr.) diesen Antrag im Interesse des Zustandekommens  
des Gesetzes.

Reichskanzler v. Caprivi: Die verbündeten Regierungen  
sind überzeugt, daß der bestehende Zustand der Besteuerung  
des Zuckers ein unhaltbarer sei. Sie glauben jedoch, daß die  
Vorlage, welche sie eingebracht haben, eine Annahme nicht  
finden wird, und ich bin deshalb berechtigt, zu erklären, daß  
die verbündeten Regierungen, obwohl sie ihre Vorlage nach wie  
vor für besser halten, als den Antrag Ortterer, diesem Antrage  
zustimmen werden, wenn derselbe angenommen wird. Darüber  
hinaus zu gehen, sind die verbündeten Regierungen nicht in  
der Lage. Wird der Antrag Ortterer nicht angenommen, so

werden die verbündeten Regierungen im nächsten Jahre eine andere Vorlage bringen. Ob sie dann dieselben Uebergangsbestimmungen vorschlagen werden, die sie jetzt vorgeschlagen haben, mag dahingestellt bleiben; ich halte es für unwahrscheinlich. (Hört! hört!) Ich bitte deshalb das Haus, den Antrag Dr. Ortner anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Graf Mirbach (kons.) erklärt, daß er sich ausnahmsweise nicht in Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler befinde. Die Drohung desselben pralle von ihm ab. Er werde weder für die Vorlage, noch für den Antrag Ortner stimmen. Die Vorlage lege allerdings in einem alten Kurse, aber in einem sehr alten, er möchte ihn Kurs Delbrück nennen. Das Festhalten an der Prämie sichere uns den Platz auf dem Weltmarkt, sichere uns einen günstigen Export, also gerade das, was der österreichische Handelsvertrag erreichen wolle. Er halte die verdeckte Prämie für das einzig Richtige und richte an den Schatzsekretär die Frage, ob derselbe wirklich glaube, daß sich irgend ein Reichstag finden werde, der die einmal aufgehobene Exportprämie wieder einführen würde. Ja, wenn wir Franzosen wären, die ohne Parteienunterschied für die Hebung der landwirtschaftlichen Verhältnisse eintreten. Das Reich habe finanzielle Bedürfnisse und wiederum solle die Landwirtschaft den Schaden tragen. Er meine, erst nach Erledigung der Handelsverträge, könne man daran denken, die höheren Finanzbedürfnisse der verbündeten Regierungen zu befriedigen. Wenn die Landwirtschaft noch mehr belastet werde, so werde die Verübung des Ostens noch weiter gehen. Er bitte um Ablehnung der Vorlage.

Reichskanzler v. Caprivi: Der Herr Vorredner hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte eine Drohung ausgesprochen. Das trifft nicht zu. Ich habe das Vertrauen zu dem verlässigen Ermessen des Reichstages, daß er sich durch Drohungen nicht bestimmen läßt. (Beifall.) Meine Worte haben nur den Zweck gehabt, bei den Zuckerinteressenten Klarheit zu verschaffen über die Lage, wie sie augenblicklich vorhanden ist, und über die Folgen, welche eine Ablehnung der Vorlage nach sich ziehen würde. Was der Vorredner alsdann über den österreichischen Handelsvertrag gesagt hat, werde ich beantworten, wenn der Handelsvertrag zur Beratung steht. (Beifall.) Ich muß ihm aber darin widersprechen, daß die Regierung mit dieser Vorlage die Landwirtschaft zu schädigen beabsichtige. Eine solche Schädigung wird nach meiner Ueberzeugung durch die Vorlage nicht herbeigeführt. Wenn der Herr Vorredner alsdann eine Sehnsucht nach französischen Zuständen ausgesprochen hat, so muß ich ihm erwidern, daß das, was die verbündeten Regierungen hier vorschlagen, im deutschen Interesse liegt. (Beifall.)

Staatssekretär v. Malchahn erwidert dem Grafen Mirbach, daß die Regierung es nicht für zulässig halte, noch ferner aus öffentlichen Mitteln Summen für die Unterstützung der Zuckerindustrie auf unbestimmte Zeit zu gewähren.

Abg. Richter (dsr.): Wenn Graf Mirbach auf Frankreich exemplifiziere, so verweise er darauf, daß man dort gegenwärtig damit umgeht, die Getreidezölle auf 3 Frls. zu ermäßigen.

Abg. Fürst Haffelldt (Reichsp.) erklärt, daß die überwiegende Mehrzahl seiner politischen Freunde es dringend wünsche, daß dem Prämiensystem ein Ende gemacht werde, und daß sie, da auch sie den gegenwärtigen Zustand als unhaltbar betrachten, für den Antrag Ortner stimmen werden.

Abg. Koscielski (Pole) stimmt namens seiner Partei den Ausführungen des Grafen Mirbach bei, obgleich es ihm peinlich sei, der Regierung Opposition zu machen. Die bisherige Zuckerbesteuerung sei durchaus nicht unhaltbar. Es müsse im Interesse einer jeden Regierung liegen, einer Industrie von solcher Bedeutung, wie die Zuckerindustrie, unter die Arme zu greifen, deren vitalste Interessen zu wahren. Der Antrag Ortner bleibe dabei auf halbem Wege stehen und deshalb sei er unannehmbar, namentlich könnten auch die agrarischen Interessen des Ostens diesen Antrag nicht vertragen. Die Agrarier klagen viel weniger, als sie zu klagen berechtigt seien, von einem Geschenk an die Zuckerfabriken sei absolut keine Rede. Im Osten existierten keine Zuckerbarone, jeder Bauer sei dort an der Zuckersteuer interessiert und diesen dürfe man den erforderlichen Schutz nicht nehmen. Er werde gegen den Antrag Ortner und gegen die Vorlage stimmen.

Abg. v. Bennigsen (natl.): Ich habe mich schon bei der zweiten Lesung für den Antrag Ortner ausgesprochen und ein großer Teil meiner Freunde ist entschlossen, für den dadurch vorgeschlagenen Ausgleich zu stimmen, weil sonst kein positives Ergebnis zu Stande kommen würde. Wir sind der Ueberzeugung, daß eine solche Uebergangsperiode weit mehr im Interesse der Industrie liegt, als wenn sie im Ungewissen gelassen würde. Die verbündeten Regierungen werden innerhalb der Uebergangszeit bis zum Jahre 1897 die Zuckersteuer nicht antühren, es sei denn, die Nachbarstaaten würden innerhalb dieser Zeit die Zuckerprämie ganz beseitigen. In der Voraussetzung also, daß dies richtig ist, und in der Ueberzeugung, daß die Uebergangszeit für die Zuckerindustrie völlig ausreichend ist, sich auf die Aushebung der Prämien einzurichten, werden wir für den Antrag Ortner stimmen.

Reichskanzler v. Caprivi: Ich kann namens der verbündeten Regierungen erklären, daß die Voraussetzung des Abg. v. Bennigsen über das Verhalten der verbündeten Regierungen während der Uebergangsperiode vollkommen zutreffend ist. (Beifall.)

Abg. Schippel (Soz.): Durch die Entwicklung der Industrie und die Prämien wurde der Rübenzucker stark genug, nicht nur mit dem Rohrzucker auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, sondern ihn bald sogar in seiner eigenen Heimat zu bedrohen. Er hat auch eine Revolution in unseren ländlichen Zuständen hervorgerufen. In der Provinz Sachsen und Braunschweig baut Alles Rüben statt Getreide und treibt im Anschluß an die Fabriken Viehwirtschaft. Dort besteht infolge dessen nur der großkapitalistische Betrieb dem ausgebeuteten Arbeiter gegenüber. Das ist uns sehr unangenehm, denn dadurch werden die Zentren der Zuckerindustrie die Zentren der sozialdemokratischen Agitation auf dem Lande. Mit unserem Interesse für die Zuckerindustrie verwechseln wir aber nicht das Interesse weniger reicher Industrieller. Die Exportprämien erhalten uns nicht auf dem Weltmarkt, so wenig Vieh- und Getreidezölle unsere Landwirtschaft lebensfähig machen. Der Zuckerindustriellen stehen allerdings bei ihrer Forderung mildere Umstände insofern zur Seite, als nicht ihnen allein eine Reichssubvention gewährt worden ist, die man ihnen nun nehmen will, sondern

auch Zuckererzeuger, Fischer, Schnapsbrenner Subventionen bekommen; sogar ein großer Teil der Industriezölle ist als Exportprämie anzusehen. Die Abschaffung der Zuckerprämien ist nur der erste Schritt, dem auch die Beseitigung der anderen Subvention folgen muß. Es ist nur zum Teil richtig, daß die französische Zuckerindustrie Alles von uns lernte; bis zur Mitte der siebziger Jahre lernten wir von den Franzosen, von den Franzosen kommen die besten Rüben, so die noch heute als vorzüglich anerkannte Villmorin'sche Rübe. Wenn aber unsere Zuckerindustriellen dem deutschen Zucker seitdem die erste Stelle auf dem Weltmarkt verschafft haben, so sind sie dafür reich belohnt durch die hohen Zölle. Die Opfer, die das Volk bei dem Erstarben der Zuckerindustrie brachte, werden am Besten dadurch belohnt, daß man seine Taschen nicht weiter leert. Die Befürchtung vor der Konkurrenz des französischen Zuckers ist unbegründet, denn die Zunahme der französischen Zuckerproduktion nach Einführung der dortigen Zuckerprämien ist nicht so verblüffend, wie sie es zuerst zu sein scheint; im Anfang der siebziger Jahre war die französische Zuckerproduktion sehr bedeutend, sie nahm dann ab, und nur im Vergleich zu dieser verringerten Produktion ist die jetzige Produktion sehr gestiegen. Auf die Verhältnisse der Arbeiter in der Zuckerindustrie ist Abg. Meier schon in der ersten Lesung eingegangen, ich betone deshalb hier nur kurz, daß kaum in einer anderen Industrie eine solche Ausbeutung der Arbeiter vorhanden, wie in dieser. Wir haben wol ein Interesse an dem Bestehen der Zuckerindustrie, aber keines an dem Nutzen der Zuckerindustriellen, und darum sind wir gegen den Antrag Ortner. Wenn das Zentrum die Annahme dieses Antrages durchsetzt, so ist dieser parlamentarische Sieg eine Niederlage vor dem Lande. Ueberhaupt ist das früher aus idealistischen Tendenzen gegründete Zentrum in jüngster Zeit nichts als eine Interessenvertretung geworden. Trifft das Zentrum so für die Interessen der Reichen ein, die aus den Taschen der Armen bedacht werden sollen, so wird uns dadurch die Agitation in den katholischen Gegenden sehr erleichtert, wo wir jetzt noch einigermaßen in Verruf sind. Wir unsererseits haben keinen Anlaß, für irgend eine Exportprämie oder für die Konsumsteuer zu stimmen, wir bewilligen überhaupt keine Mehreinnahmen, nachdem wir gehört haben, daß die Finanzen der Armee, für die ein großer Teil des Geldes gebraucht wird, unter Umständen gegen uns gerichtet werden sollen, weil wir versuchen, den modernen Sklaven eine menschenwürdige Existenz zu schaffen. Wir stimmen gegen das Gesetz in jeder Form, gegen jedes Gesetz, das Forderungen stellt, die wir im Namen des arbeitenden Volkes zurückweisen müssen.

Braunschweigischer Bevollmächtigter, Gefandter Freiherr v. Gram-Burgdorf bespricht dem S. redner, daß in Braunschweig durch die Zuckerindustrie Bauern von Haus und Hof vertrieben seien. In Braunschweig seien die Aktionäre der Zuckerfabriken die um die Fabriken herumwohnenden Kleinbauern und gerade in Braunschweig sei ein blühender Bauernstand vorhanden.

Staatssekretär v. Malchahn u. Gilg: Der Abg. Schippel hat die von ihm erwähnte, in den Motiven zur Vorlage enthaltene Uebersicht über die Verteilung des Besitzes an Ribbenland insofern falsch verstanden, als die dort enthaltenen Zahlen nicht bloß den direkten Besitz der Aktiengesellschaften enthalten, sondern auch der Landbesitz der einzelnen Aktionäre darin enthalten ist.

Abg. Graf Kanitz (dk.) bekämpft den Antrag Spahn im Wesentlichen aus den vom Grafen Mirbach vorgebrachten Gründen. Der Reichskanzler wolle auf den österreichischen Handelsvertrag nicht eingehen, weil derselbe nicht zur Verhandlung stehe; es sei aber doch gerade in dem wichtigsten Punkte das Geheimnis nicht gewahrt worden, es sei bekannt, daß eine Herabsetzung der Getreidezölle auf 3 1/2 M. in Aussicht genommen sei. Warum hier die Reichsregierung nicht Wert auf die Bewahrung des Geheimnisses gelegt habe, sei ihm unbekannt. Die Ermäßigung würde einem Ausfall von 30 Millionen gleichkommen. Daraus erklärt sich auch der Nachdruck, mit welchem man die Bedürfnisse der Reichsklasse ins Feld führe. Beruhigt sein würden die Landwirte nur, wenn der Reichskanzler erklären wollte, die Behauptung der Herabsetzung des Getreidezolls auf 3 1/2 M. sei unbegründet. (Präsident v. Leschow ersucht den Redner, endlich zur Zuckersteuer zu kommen. (Heiterkeit.) Die Regierung möge auch an Amerika denken, wo eine hohe Fabrikationsprämie gewährt war.

Abg. Meyer (Berlin): Die Freisinnigen werden mit verschwindenden Ausnahmen gegen den Antrag Ortner stimmen.

Abg. v. Wendt (S.) stimmt dem Antrage nur zu, weil sich die Unmöglichkeit ergebe, etwas Besseres zu erreichen. Die Beunruhigung der Zuckerindustrie ist einmal da; sie wird bleiben, möge beschlossen werden, was da will.

Abg. v. Kardorff: Die vom Reichskanzler erwähnte Broschüre von Graf Knippt ihr Urteil über den geringen prinzipiellen Wert der Getreidezölle an bestimmte Voraussetzungen, erklärt es aber für höchst bedenklich, vor der Erfüllung jener Voraussetzungen an dem bestehenden Zustand etwas zu ändern. Die Bevölkerung unserer ländlichen Bezirke hat in den letzten fünfzehn Jahren um 10 v. H. abgenommen; dieses Ergebnis muß auch dem Reichskanzler als ein bedenkliches vorkommen, denn ein solcher Rückgang bedeutet auch eine Verminderung der Wehrkraft. Kommt nun ein solches Gesetz, so wird das Resultat eine, wenn auch nicht beabsichtigte Schädigung unserer Landwirtschaft sein. Wenn die Regierung ihre Meinung so schnell geändert hat, so ist nicht ausgeschlossen, daß sie sich nach einem Jahre nochmals nach der anderen Seite gewendet hat; auch aus diesem Grunde bin ich gegen die Vorlage und gegen den Antrag Ortner.

Abg. Graf Mirbach: Wenn der Reichskanzler ablehnt, auf meine Bitte wegen des Handelsvertrages einzugehen, so ist er ja formell dazu im Rechte; ich muß aber dabei bleiben, daß das Bekanntgewordene die Landwirtschaft im höchsten Grade beunruhigt.

Nachdem noch der Abg. Wiffert (wiltb.) einen Antrag befürwortet hat, die Prämien für im Ganzen vier Jahre statt für sechs, und zwar vom 1. August 1891—1898 den Satz von 1.25, von 1893—95 den Satz von 1 M. zu bewilligen, wird die Generaldiskussion geschlossen. In der Spezialdiskussion werden § 1, §§ 3—63, §§ 65 und 66 ohne Debatte unverändert angenommen. Zu § 67, der die offenen Exportprämien für die Ueber-

gangszeit von drei Jahren enthielt, und in der zweiten Lesung in jeder Form abgelehnt worden ist, liegt der Antrag Ortner vor; offene Exportprämien für fünf Jahre in der oben mitgetheilten Weise zu bewilligen; dazu der Unterantrag Wiffert.

Der Antrag Wiffert wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Volkspartei und Sozialdemokraten abgelehnt. Ueber den Antrag Ortner wird namentlich abgestimmt. Das Resultat ist die Annahme mit 148 gegen 148 Stimmen.

Für den Antrag Ortner stimmen: das Zentrum mit Ausnahme der Abgg. Kersting, Graf Matuschka, Rudolphie, Szynula und der welfischen Hospitanten v. Hafe und Gih v. Denshausen, die Nationalliberalen mit Ausnahme der Abgg. v. Berba und Oechelhäuser, ferner etwa die Hälfte der Deutschnationalliberalen und der Reichspartei; außerdem der deutschfreisinnige Abg. Schröder und die Wilden Prinz Carolath, Köpcke und Thomßen.

Gegen den Antrag stimmen geschlossen die Sozialdemokraten, die Volkspartei, die Elsfässer und die Polen, ferner die freisinnige Partei mit der genannten Ausnahme, die Hälfte der Deutschnationalliberalen und der Reichspartei, der antisemitische Abg. Pickenbach, der Däne Johannsen und die Wilden Wiffert und v. Wüch.

Nach diesem Ergebnis der Abstimmung gelangt auch der Satz von 18 M. für die Verbrauchsabgabe zur Annahme. Der Zollsatz für Zucker wird entsprechend der ursprünglichen Vorlage auf 36 M. festgesetzt. Die er gegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Die Gesamtmitbestimmung muß wegen der angenommenen Änderungen einstweilen ausgesetzt werden.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Mai 1891.

Die Versicherungspflicht der in Arbeiterkolonien beschäftigten Personen. Ueber die Frage, ob die in Arbeiterkolonien beschäftigten Personen nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgezet der Versicherungspflicht unterliegen, hat sich das Reichsversicherungsamt gegenüber dem Vorstande einer solchen Kolonie dahin ausgesprochen, es sei davon auszugehen, daß die in Arbeiterkolonien beschäftigten Personen als freie Arbeiter zu gelten haben und daß daher die Bestimmungen des Gesetzes an sich auf sie Anwendung finden können. Demnach frage es sich nur, ob die Koloniarbeiter auch als „gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt“ anzusehen seien, was zu bejahen sein dürfte. Allerdings ergäben sie nach den angestellten Ermittlungen während der ersten vierzehn Tage ihres Aufenthaltes in der Kolonie lediglich Obdach und Beköstigung, also nur freien Unterhalt im Sinne des Gesetzes, so daß während dieser Zeit ihre Versicherungspflicht nicht in Frage kommen könne. Nach Ablauf dieser Zeit aber werde ihnen für ihre Arbeit auch ein gewisser Geldbetrag gutgeschrieben, und damit seien die Voraussetzungen für den Eintritt der Versicherungspflicht gegeben. Denn nach Lage der Umstände könne der gewährte Betrag einmal nicht als ein die unselbstständige Ergänzung des freien Unterhalts darstellendes Taschengeld angesehen werden; dann aber sei es auch nicht von entscheidender Bedeutung, daß der vorgedachte Betrag absichtlich nicht als „Lohn“, sondern als „Gabe der Barmherzigkeit“ bezeichnet werde und daß den Kolonisten ein Rechtsanspruch auf ihn nicht zustehe. Tatsächlich bilde dieser baare Betrag den Entgelt für die geleistete Arbeit und es bestehe gerade das Ziel des den Arbeiterkolonien obliegenden Erziehungswertes darin, den der regelmäßigen Tätigkeit entwöhnten Personen das Bewußtsein des ehrlich erlangten Arbeitsverdienstes wiederzugeben. Endlich sei auch aus den Bestimmungen des Bundesratsbeschlusses vom 27. November v. J. eine Befreiung der Kolonisten von der Versicherungspflicht nicht zu entnehmen. Diese Befreiung betreffe nur die sog. Verpflegungsstationen und ähnliche Einrichtungen, nicht aber auch Insassen von Arbeiterkolonien, Frauenheimen und anderen derartigen Anstalten, in denen regelmäßig eine längere Zeit andauernde Beschäftigung zu dem Zwecke stattfindet, um die Beschäftigten an ernste Arbeit wieder zu gewöhnen.

Die städtischen Promenaden-Anlagen haben in den letzten Tagen den ausgesprochenen Frühlingscharakter angenommen. In verschiedenen Teilen derselben blühen Tulpen in allen Farben und die Magnolien haben ihre stolzen Blüten in Fülle erschlossen. Die den Rasenplätzen eingestreuten Blumenbeete zeigen Blüten in Fülle. Auf dem Tauenzienplage sind soeben im nordöstlichen Teile Beete von wurzlechten Rosen und Pelargonim zonale angelegt worden. Die neuen Anlagen am Lehndamm sind schon vor einiger Zeit fertiggestellt. Sie bestehen, den benachbarten Anlagen an der Westseite der Ober-Reals- und Gewerbeschule entsprechend, aus Bierstrauchgruppen, Rasenflächen und Promenadengängen.

Aufforderung. Alle Personen, welche der in den Hinterhäusern 4 wohnhaften Strickerin Franziska Aldert Wulle oder Geld zum Ankauf von Woll gegeben haben, werden aufgefordert, sich umgehend auf dem Königlichen Polizeipräsidium, Zimmer 19, zu melden.

Verirrtes Kind. Am 8. d. Mts. wurde auf der Seidwernerstraße ein ungefähr vierjähriger Knabe ver-





### Verspätet!

Allen denen, die mich bei der Krankheit und dem Tode meines lieben Mannes mit Rath und That unterstützt haben, sowie dem D. T. V. Zahlstelle Breslau und Freiburgs, und den Genossen von Freiburg für Niederlegung des Kranzes am Grabe des Verstorbenen, sage meinen herzlichsten Dank.  
**Ww. Urban.**

### Sensationell!!

Eine hochelegante Knabennütze, für jedes Alter passend, erhält jeder Käufer als Zugabe eines Knaben-Anzuges

bis zu Pfingsten.

**R. Meysel,**  
Friedrich-Wilhelmstr. 71, I.,  
3. Hausthür.

### August Heyne,

### Rohtabak-Handlung

Leipzig, Berlin, Breslau, Chemnitz.

**Breslau, Carlstraße 27,**

zur Fachschule,  
Spezial alle Sorten Rohtabak zur Cigarrenfabrikation in bester Waare zu billigsten Preisen.

Staubfreie Grus à 40, 50, 55, 60 und 80 Pfennige.  
Breslau, Carlstr. 27, zur Fachschule, Breslau.



Bei Bedarf in Schuhwerk bitte ich gefälligst, bei mir einen Versuch zu machen, derselbe wird gewiß befriedigen.

Es wird Alles bei mir selbst gefertigt und halte ich stets in

**allen Arten Schuhwerk**

ein reichhaltiges Lager.

Façons sind modern.

Preise billigt. Zuthaten und Arbeiten feste. Nachschafen werden innerhalb 1-2 Tagen je nach Saison ausgeführt.

Ich bitte, mich gefälligst zu besuchen.

**Bruno Rosenthal,**  
Schmiedebrücke 57.

### Der wahre Jakob.

Illustrirtes Witzblatt.

**Preis 10 Pfg.**

**No. 125**

erscheint den 9. Mai.

Zu beziehen durch die Colporteurs, sowie durch die Expedition dieses Blattes.



### Salo Hurtig.

**Keine Marktschreierei!  
Kein Geprahl!**

Dafür bürgt meine seit 12 Jahren allgemein anerkannt reelle Firma. Ich enthalte mich jeder unnützen Ausgaben, ich erbare Mithie, wohne in eigenem Hause, lasse alle diese bedeutenden Vortheile meiner geehrten Kundschaft zukommen, und durch colossale Kasseneinkäufe in den bedeutendsten Fabrikhäusern bin ich in der Lage, zu notorisch unten angegebenen billigen Preisen zu verkaufen.

- Complete Anzüge v. 9.00 an
- Herren-Paletots 12.00
- Herren-Hosen 3.00
- Herren-Jaquets 5.00
- Schmalstoff eleg. 10.00
- Hose u. Weste 6.50
- kräftigste Anzüge 23.00
- Knaben-Anzüge 2.50

Bitte, sich nicht durch Marktschreierei irren zu lassen, und nur den Einkauf bei

**Salo Hurtig,**

Kupferschmiedestraße 50/51, zu machen.

**Salo Hurtig,**

Herren- und Knaben-Confectionshaus,

partierre, 1. u. 2. Stage.

Kupferschmiedestr. 50/51.



### Salo Hurtig.

Herrengamaschen v. 6-12 M.

Damen-Zugstiefel v. 4-10 M.

Ballschuhe hochelegant v. 3 M. an

Mädchen- u. Kinderschuhe v. 1 bis 8 M.

Stulpenstiefel v. 4,75 M. an

**Bernhard Ehrlich**

57 u. 10, Reuschestraße 57 u. 10.

Depot österreichischer Schuhwaaren.

### GUMMI.

Hilf. Gummi-Artikel 1, 2, 3 & p. DpD

**Max Sander,**

Breslau, ReuscheStrasse 58-59.

### Zum Geburtsstag

Meiner Nachbarin, der Frau Strauß kaufte ich im Lagro'schen Warenhaus 1 DpD. Taschentücher, einen garantiert, und eine Tasse, elegant garnirt. Für nur 3 M. hab' ich Beides in Erfahrung, sicherlich billig, alle es auch fanden, und die Armen erst dacht' in Ihrem Sinn, daß Beides kaum für 8 M. zu haben sind. Als Besondere ichent' für nur 2 M. großen Teppich nun dafür. Drum Hausfrauen macht es eben so und kauft alles jetzt bei

**Herrn. Lagro,**

I, Reuschestr. 57,

Ede Reuschestraße.

II, Ring 60,

Ede Oberstraße.

### Ein Rehling

L. Hof. antreten bei D. Alexander, Uhrmacher, Nicolaisstraße 57.

### Arbeiter Diebe

stehlen Uhren und billige Reparaturen  
nur bei D. Alexander, Nicolaisstraße 57, Uhrmacher, Etabliert seit 1805.

### Um mit meinem bedeutenden Rohtabak-Lager

zu räumen, verkaufe besonders Sumatra zu und unter Kostenpreis aus u. off. Sumatra à Pfd. 2,80, statt 3,50 dto. 3,00, statt 3,50, dto. 3,50, statt 4,00, dto 4,00, statt 4,50 etc. — La La Carmen 1,10 und 1,20. Buhleth. Pfälzer Einl. mit Umbl. 65 Pf.

### Kommler Nachfg.

Friedrich-Wilhelmstr. 2.

### Tab.-Grus

à Pfd. 30, 50, 75

Pfennige wieder vorrätig.

### Kommler Nfg.

Friedrich-

### Großes Lager

aller Arten fertiger

### Böttchergefäße

empfiehlt Paul Simon, Böttchermester, Mühlberg-Str. 57. Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt.

### Parteiengenossen!

Zur Anfertigung von guten billigen

### Schuhwaaren

empfiehlt sich

**G. Scholake,** Breslau, Louisenstr. 4.

### Die Jungfrau von Breslau!

In Breslau eine Jungfrau war, Die suchte einen Mann! Doch stellt' sich ihr ein Freier vor, Zu mädeln sie begann! Es war ihr Keiner feint genug, Sogar dem Herrn Baron Erhielte sie den schönsten Korb. Mit jungfräulichem Jahn! Nur einem fiel sie um den Hals, Sobald er ihr genach, Weil „Goldne vierundstebsig“ ihm Geliefert feinsten Staat!

Herren-Anzüge von 10 M. an, hochfein von 15 M. an, Herren-Paletots von 10 M. an, Schmalstoff eleg., von 14 M. an, Herren-Hosen von 3 M. an, Nouveautés von 5 M. an, Herren-Jackets, jede Größe von 6 M. an, Hosen u. Westen von 7 M. an, moderne von 9 M. an, Braut-Anzüge in Tuch und Rammgarn von 25 M. an, feine Anzüge und Paletots von 2,50 M. an, Herren-Westen von 2 M. an.

### Etablissement besserer Herren- und Knaben-Garderoben

„Goldene 74“, 74, Obianerstraße 74. 1. Etage

### Die Lage der Schuhmachegehilfen und deren Aufgaben für die nächste Zukunft.

Berlag von W. Bock, Gotha. — Preis 30 Pf. Auch zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

### Hamburger Lederhosen

kauft man nur reell und billig bei

### Kinderkleidchen

**H. Glauer,** Friedrichstr. 51.

### Gustav Nowak

ERESLAU

Friedr.-Wilh.-Str. 76

### Hut- und

### Schirm-Fabrik

Sitte genau auf meine Firma zu achten. Aus der Genossenschafts-Hutfabrik in Berlin ist ein bedeutender Posten feiner und eleganter Herren-, Knaben- und Kinderhüte mit Arbeiter-Control-Markie eingetroffen und empfehle unsin komplettes gutsortirtes

### Grosses Hutlager

geringerer, besserer sowie feinsten Seiden-, Haar- nach Wollhüte einer zureichenden Beachtung. Bei großer Auswahl wird jeder seiner feinen Geschmack freuz reell bedient. Ferner empfehle in billiger und feiner Waare

### Strohüte, Mützen

für Herren und Knaben in Stoff, Tricot und Sammet.

### Sonnen- und Regenschirme

in großer Auswahl für Damen, Herren und Kinder. Eigenes Fabrikat, solide Arbeit, in jeder Preislage. Gut- und Schirmreparaturen schnell und sauber. Versandt nach Ausserhalb gegen Nachnahme. Bei Bestellungen auf Bitte ist die Kopffweite nach Centimeter, sowie Form, Farbe und Qualität anzugeben, Nichtconventures wird bereitwillig umgetauscht.

### Herren- und Knaben-Moden Bazar

**M. Herzberg jr.**

Breslau, Neue Schweidnitzerstr. 14, Ecke Gartenstr.

Spezial-Geschäft

eleganter Herren- u. Knaben-Garderobe.

Bestellungen nach Maass werden in eigen. Fabrik elegant ausgef.